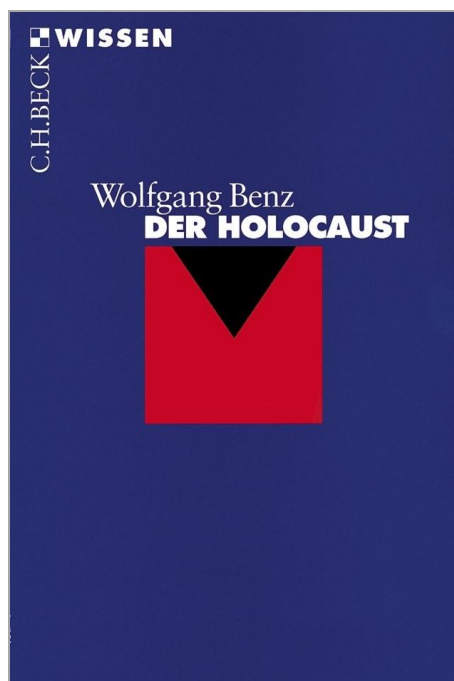


Unverkäufliche Leseprobe



Wolfgang Benz
Der Holocaust

2018. 127 S.

ISBN 978-3-406-72835-8

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/25219042>

© Verlag C.H. Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

Wolfgang Benz, einer der renommiertesten deutschen Holocaust-Forscher, zeichnet in diesem Buch die Geschichte des Völkermordes an den Juden von der Ausgrenzung und Entrechtung bis zum industrialisierten Massenmord in den Vernichtungslagern nach. Sein Augenmerk gilt dabei nicht nur den Tätern, sondern vor allem auch den Opfern selbst. Neben die Geschichte der Verfolger tritt die Geschichte der Verfolgten. Ein eigenes Kapitel ist dem oft vernachlässigten „anderen Völkermord“ an den Sinti und Roma gewidmet.

Wolfgang Benz, Historiker, war Professor für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden im Dritten Reich vorgelegt und u.a. die Standardwerke „Dimension des Völkermords“ und „Der Ort des Terrors“ (9 Bde., zusammen mit Barbara Distel) herausgegeben.

Wolfgang Benz

DER HOLOCAUST

Verlag C.H.Beck

1. Auflage. 1995
2. Auflage. 1996
3. Auflage. 1997
4. Auflage. 1999
5. Auflage. 2001
6. Auflage. 2005
7. Auflage. 2008
8. Auflage. 2014

9., aktualisierte Auflage. 2018

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 1995

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck u. Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlagentwurf: Uwe Göbel, München

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 72835 8

www.chbeck.de

Inhalt

I. Besprechung mit anschließendem Frühstück: Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942	7
II. Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus. Selbstverständnis und Bedrohung	16
III. Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden in Deutschland 1933–1939	23
IV. Jüdische Emigration 1933–1941	30
V. Arisierung und Judenstern: Die völlige Entrechtung der deutschen Juden 1939–1941	34
VI. Ghettos im besetzten Osten. Der Beginn der „Endlösung der Judenfrage“	37
VII. Vom Antisemitismus zum Völkermord. Die Genesis der Endlösung	50
VIII. Massaker im Osten. „Einsatzgruppen“ und andere Mordkommandos in den besetzten Gebieten 1941/42	60
IX. Deportation der Juden aus Deutschland	69
X. Theresienstadt	81
XI. Der andere Völkermord: Die Verfolgung der Sinti und Roma	93
XII. Industrialisierter Massenmord in den Vernichtungs- lagern 1942–1944	101
Quellen und Literatur	119
Personenregister	123
Ortsregister	125

I. Besprechung mit anschließendem Frühstück: Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942

Die stille Villenstraße „Am Großen Wannsee“ gehört zu den ganz feinen Adressen in Berlin. Hier hatte die „Stiftung Nordhav“ Ende der 30er Jahre das Anwesen Nummer 56–58 erworben, und die Villa sollte als Erholungsort für Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS und deren Angehörige dienen. Hausherr und Gründer der Stiftung war Reinhard Heydrich. Als Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der Polizei- und Geheimdienstzentrale des NS-Staats, war er einer der wichtigsten Männer des Regimes, wichtiger als fast alle Reichsminister; Weisungen empfing er, von Hitler abgesehen, nur von Göring als dem zweiten Mann im Staat und vom Reichsführer SS Heinrich Himmler, seinem unmittelbaren Chef.

In das Haus am Großen Wannsee hatte Heydrich am 29. November 1941 eine Anzahl hochrangiger Funktionäre zur „gemeinsamen Aussprache“ über Probleme der „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ eingeladen. Das Treffen sollte ursprünglich schon am 9. Dezember 1941 stattfinden, wurde jedoch („aufgrund plötzlich bekanntgegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teils der geladenen Herren“) kurzfristig abgesagt.

Zum 20. Januar 1942 lud Heydrich den gleichen Teilnehmerkreis erneut zur „Besprechung mit anschließendem Frühstück“. Auf der Tagesordnung stand – selbstredend in bürokratische Formeln und Klauseln gehüllt – das singulär-monströseste Verbrechen der Menschheitsgeschichte, der Völkermord an den Juden. Das Treffen am Mittag des 20. Januar 1942 wird deshalb immer wieder mißverstanden und als der Anlaß verortet, bei dem die „Endlösung“ – der Völkermord – beschlossen worden ist. Das ist nicht richtig. Diese äußere Dramatik fehlte der Wannseekonferenz, die Tragödie des Massenmords an Juden war ja auch längst Wirklichkeit. Eine Verabredung zur Ausrottung von Millionen Menschen hätte die Kompetenz der Besprechungsteilnehmer überdies erheblich überstiegen. Trotz-

dem ist das Protokoll der Veranstaltung, die offiziell „Staatssekretär-Besprechung“ hieß und als „Wannseekonferenz“ in die Geschichtsbücher kam, ein Schlüsseldokument der Zeitgeschichte. Geladen waren dreizehn Herren der Bürokratie und Exekutive des NS-Staats, die im Range von Staatssekretären und als hohe Offiziere ungefähr die dritte Ebene der Führungshierarchie bildeten. Mit Heydrich, der die Szene beherrschte, und Adolf Eichmann, seinem Judendezernenten, der für das Protokoll zuständig war, und schließlich einer unbekannt gebliebenen Stenotypistin waren 16 Personen versammelt.

Die Beamten vertraten die Reichsministerien des Innern, der Justiz, für die besetzten Ostgebiete, die Reichskanzlei und die Parteikanzlei der NSDAP, das Auswärtige Amt, den Beauftragten für den Vierjahresplan, den Generalgouverneur in Krakau. Die SS-Offiziere waren als Angehörige des Repressionsapparats (Gestapo, Sicherheitspolizei und SD) im Reich und in den besetzten östlichen Territorien geladen. Auffällig war, daß Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn als für die Deportation der Juden wichtige Instanzen und das Reichsfinanzministerium als oberste Institution, der die Ausplünderung der Juden oblag, nicht vertreten waren, ebenso die Wehrmacht. Die Präsenz dieser Stellen war aber auch gar nicht mehr notwendig, weil die Kooperation mit ihnen schon reibungslos lief; auch Wehrmacht und SS-Einsatzgruppen arbeiteten bei den Judenmassakern im Osten seit Kriegsbeginn zusammen. Die Mordkommandos der Einsatzgruppen waren, als die Herren am Großen Wannsee konferierten, längst an der Arbeit.

Der Gegenstand der Debatte in der Berliner Villa blieb in der abstrakten Dimension der Statistik, vermutlich sahen die Zuhörer auch nicht Menschen vor sich, als Reinhard Heydrich von insgesamt „über 11 Millionen“, verteilt auf alle Länder Europas, sprach, die ein Problem, nämlich „die Judenfrage“, darstellten, das einer endgültigen Lösung zugeführt werden müsse. Bestimmt dachten die Beamten und Offiziere in der Wannseevilla nicht an Individuen, an Menschen, die äußerster Demütigung und Qual ausgesetzt waren, die im Augenblick des Todes an Gott und der Menschheit verzweifelt sein mußten.

Die Herren am Konferenztisch befanden sich in gehobener Stimmung, lebhaft und freudig erregt folgten sie den Ausführungen Heydrichs, machten Vorschläge, waren guter Dinge. Adolf Eichmann, der Protokollant und Zuarbeiter Heydrichs, hat das zwei Jahrzehnte später ausdrücklich bestätigt: „Hier war nicht nur eine freudige Zustimmung allseits festzustellen, sondern darüber hinaus ein gänzlich Unerwartetes, ich möchte sagen Übertreffendes und Überbietendes im Hinblick auf die Forderung zur Endlösung der Judenfrage.“ Die gute Stimmung hielt an, als die Herren fertig waren, gefrühstückt hatten und gegangen waren. Heydrich blieb mit Gestapo- und SS-Chef Müller und dem Referenten Eichmann zufrieden zurück. Man saß beisammen, trank Cognac, und Heydrich gab dabei Anweisungen, wie er das Protokoll haben wollte.

Die Staatssekretär-Besprechung hatte nicht allzu lange gedauert, vielleicht eine Stunde oder zwei, sicher nicht viel länger (exakt festgehalten wurde das nirgendwo), und es hatte keine Einwände und überhaupt keine kontroverse Diskussion gegeben. War denn ein dramatisches Ringen, gar ein Kampf der Bürokraten mit den SS-Offizieren um das Schicksal der europäischen Juden zu erwarten gewesen? Wollte Eichmann das andeuten, als er beim Verhör in Jerusalem im Frühjahr 1960 die Atmosphäre nach getaner Arbeit beschrieb? „Die Stimmung fand ihren sichtbaren Niederschlag in der aufgelockerten und zufriedenen Haltung Heydrichs. Er hatte sicherlich auf dieser Konferenz die größten Schwierigkeiten erwartet gehabt.“

Eichmann, 1906 geboren, war eine der Schlüsselfiguren der Bürokratie des Judenmords. Seit 1932 Mitglied der NSDAP und der SS, seit 1934 Judenreferent im Sicherheitsdienst (SD) Himmlers, organisiert er im August 1938 die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien und im Oktober 1939 die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin. In diesen Funktionen sammelt er Erfahrungen in der Vertreibung und Deportation von Juden, 1941 ist er der größte Experte dafür.

SS-Obersturmbannführer Eichmann, Referent IV B 4 (Juden-

angelegenheiten und Räumungsangelegenheiten) im Reichssicherheitshauptamt, der bei seinen Vernehmungen in Israel nicht müde wurde zu beteuern, welch kleines Rädchen im Getriebe, welch untergeordneter Aktentaschenträger er gewesen sei, der nur am Protokolltisch in der Ecke saß und lauschte, was die hohen Herren sprachen, Eichmann also, der Judendezernent in der Reichszentrale der Polizei im Range eines Oberstleutnants, hat auch überliefert, daß die Erörterung in recht offener Sprache stattfand. Er habe fürs Protokoll glätten und „gewisse Auswüchse“, einen gewissen „Jargon“ abmildern, „in dienstliche Worte“ kleiden müssen.

Die entsprechenden Passagen des Protokolls lesen sich trotzdem noch wie Klartext, jedenfalls für alle, die mit der Sprache des SS-Staats vertraut waren. Im Protokoll der Staatssekretärs-Besprechung im Gästehaus am Wannsee wird das Geschick, das elf Millionen Juden zgedacht war, unmißverständlich prognostiziert. Die zentrale Stelle lautet: „Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.“

Die restlose Ausrottung aller Juden in ganz Europa war also als längst beschlossene Sache angekündigt, und mindestens die Hälfte der Besprechungsteilnehmer hatte auch ganz konkrete Vorstellungen, wie die Massenmorde verübt wurden oder noch begangen werden sollten. Natürlich mußten sie nicht die Vokabeln Totschlagen, Vergasen, Erschießen benützen (für Mord hielten sie die beabsichtigte Ausrottung der Juden ohnehin nicht), sie waren ja gebildete und wohlerzogene Leute, oder doch wenigstens Männer von Rang und Stand, zusammenge-

kommen zur Erledigung von Staatsgeschäften. Jedenfalls wußten sie genau, was mit den Worten „Aussiedlung“, „Endlösung“, „Sonderbehandlung“, „Evakuierung“ gemeint war.

Heydrich gab zu Beginn der Konferenz einen Überblick über „den bisher geführten Kampf gegen diesen Gegner“. Das Ziel sei gewesen, „auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern“. Angesichts des Fehlens besserer Lösungsmöglichkeiten habe man die Auswanderung der Juden forciert, und zwar auf Kosten der Juden. Inzwischen habe der Reichsführer SS „im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens“ die Auswanderung von Juden verboten. Was das verräterische Wörtchen „legal“ im Munde eines hohen Verantwortungs- und Würdenträgers bei der Darlegung staatlichen Handelns bedeutete, das hat keiner am Konferenztisch gefragt. Auch nicht der Staatssekretär Roland Freisler vom Reichsjustizministerium.

Wovon die Rede und was beabsichtigt war, wußte auch der Vertreter des Auswärtigen Amts, Unterstaatssekretär Martin Luther, ganz genau. War seine Behörde doch dabei, Druck auf die Regierungen der von Deutschland abhängigen Staaten wie Kroatien und Slowakei, Rumänien, Ungarn und Bulgarien auszuüben, damit sie die Juden auf ihren Territorien verfolgten und den Deutschen zur Deportation in den Osten auslieferten. Im Oktober 1941 war sogar ein hoher Beamter des Auswärtigen Amts nach Belgrad gereist, um herauszufinden, „ob nicht das Problem der 8000 jüdischen Hetzer, deren Abschiebung von der Gesandtschaft gefordert wurde, an Ort und Stelle erledigt werden könne“. Die Erledigung war bereits im Gang. Ende Oktober 1941 wurden in der Nähe von Belgrad Tausende serbische Juden und „Zigeuner“ erschossen. Und zwar von der Wehrmacht, angeblich als Repressalie. Der verantwortliche Oberleutnant berichtete mit vielen Einzelheiten über die Aktion („das Ausheben der Gruben nimmt den größten Teil der Zeit in Anspruch, während das Erschießen selbst sehr schnell geht, 100 Mann 40 Minuten“ oder „das Erschießen der Juden ist einfacher als das der Zigeuner“). Die Weltöffentlichkeit war entsetzt, das konnten auch die Deutschen, die wollten, durch eine Rundfunkansprache Thomas Manns aus London erfahren.

Schon vor der Wannseekonferenz hatte Heydrich es kundgetan, und am 20. Januar machte er gleich zu Beginn noch einmal deutlich, daß die Kompetenz zur „Endlösung der europäischen Judenfrage“ ausschließlich, zentral und ohne geographische Begrenzung beim Reichsführer SS Himmler bzw. bei ihm als dessen Beauftragten lag. Seine „Bestallungsurkunde“ in Gestalt einer von Göring unterzeichneten Ermächtigung vom 31. Juli 1941 (die einen im Januar 1939 empfangenen Auftrag fortschrieb und erweiterte) hatte Heydrich in Fotokopie allen Einladungen beigelegt. Hauptzweck der Konferenz war, diese Tatsache den beteiligten hohen Reichsinstanzen klarzumachen, um Reibungsverluste beim gemeinsam erstrebten Ziel eines judenfreien Europa zu vermeiden. Es ging um „die Parallelisierung der Linienführung“, wie es im Protokoll heißt, um die Festlegung von Grundlinien, nicht um organisatorische und technische Detailfragen. Diese sollten bei weiteren Konferenzen erörtert werden oder sie wurden gleich in der Zuständigkeit der jeweiligen Ressorts – z. B. Transportprobleme der Deportationen durch die Reichsbahn – erledigt.

Weil das Erschießen so mühsam und teuer war und weil es die Nerven der Schützen so strapazierte, hatten die Zuständigen bald nach erträglicheren Methoden des Mordens gesucht. Nach erträglicheren Methoden für die Mörder. Kurz vor der Wannseekonferenz, im Dezember 1941, waren deshalb „Gaswagen“ in Dienst gestellt worden. Damit konnte man bei kurzer Fahrt bis zu sechzig Menschen auf einmal töten. Ein Soldat als Augenzeuge: „Sie fuhren in den Gefängnishof, und die Juden, Männer, Frauen und Kinder, mußten von der Zelle direkt in den Wagen einsteigen. Ich kenne auch die Gaswagen im Innern. Sie waren mit Blech beschlagen und mit einem Holzrost belegt. Die Auspuffgase wurden in das Innere des Wagens geleitet. Ich höre heute noch das Klopfen und die Schreie von den Juden: „Liebe Deutsche, laßt uns raus.““

Der Tod im Gaswagen war langsam und qualvoll. Aber die Mörder waren mit der Methode sehr zufrieden. So berichtete der „Inspekteur der Gaswagen“ an seine vorgesetzte Dienststelle: „Seit Dezember 1941 wurden beispielsweise mit drei

eingesetzten Wagen 97000 verarbeitet, ohne daß Mängel an den Fahrzeugen auftraten.“

Diskutiert wurde wenig in der Wannsevilla. Die Herren nahmen vor allem zur Kenntnis, was Heydrich vortrug. Daß sie das Resümee der bisherigen Judenverfolgung ebenso wie das noch beabsichtigte Programm mit großer Zustimmung aufnahmen, unterliegt aber gar keinem Zweifel. Die wenigen Wortmeldungen waren fast ausnahmslos drängender Natur, wie die Bitte des Staatssekretärs Bühler aus Krakau, mit der „Endlösung“ nach Möglichkeit im Generalgouvernement, auf polnischem Territorium, zu beginnen. Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium überbot den SS-Gruppenführer Hofmann vom „Rasse- und Siedlungshauptamt“, der plädierte, von der Sterilisierung der „Mischlinge“ weitgehend Gebrauch zu machen, mit der Forderung, durch Zwangssterilisierungen die Mischehen- und Mischlingsfragen ein für allemal zu bereinigen. Mit der Erörterung, wie „Mischlinge“ und jüdische Partner in „Mischehen“ künftig zu behandeln seien, begaben sich die Konferenzteilnehmer auf Neuland. Bislang war dieser Personenkreis, abgestuft in mehreren Kategorien, zwar diskriminiert, aber (noch) nicht physisch existentiell gefährdet. Das sollte sich nach den Ausführungen Heydrichs ändern. Zur Debatte stand die Ausdehnung der Nürnberger Gesetze von 1935, die ja die „Rechts“-Grundlage aller Ausgrenzung der Juden bildeten.

Beabsichtigt war nun, irgendwann auch die im relativen Schutz von „Mischehen“ Lebenden und deren Abkömmlinge in die „Endlösung“ einzubeziehen. Dazu bedurfte es noch der Definition, wer als „Jude“, wer als „Deutscher“ gelten sollte. Für diese Entscheidung auf Leben und Tod, die Zehntausende Menschen im Deutschen Reich und Hunderttausende in Europa betreffen würde, schlug Heydrich vor, die „Mischlinge 1. Grades“ grundsätzlich den Juden zuzurechnen, die „Mischlinge 2. Grades“ sollten dagegen generell als „deutschblütig“ gelten.

Ausnahmen waren vorgesehen, und zwar würden bei den „Mischlingen 1. Grades“ besondere Verdienste die Gleichstel-

lung mit Deutschen ermöglichen. Bedingung wäre allerdings die „freiwillige Sterilisierung“. Bei den „Mischlingen 2. Grades“ sollten dagegen diejenigen, die ein „rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild“ böten, als Juden behandelt – d. h. deportiert und ermordet – werden.

Zwar hatte die Debatte über die „Mischlinge“ keine unmittelbaren Folgen, aber sie zeigte die unerbittliche Entschlossenheit des NS-Regimes, planmäßig und kaltblütig, bürokratisch und berechnend alle Juden, derer man habhaft werden konnte, zu ermorden. Für diese Absicht steht die Wannseekonferenz insgesamt als historisches Indiz.

Die Gaswagen schonten zwar die Nerven der Tötungskommandos, aber ihre Kapazität war zu gering, zum Völkermord brauchte man effektivere Methoden. Sie wurden seit September 1941 im Konzentrationslager Auschwitz ausprobiert. Zyklon B, ursprünglich als Desinfektionsmittel entwickelt und verwendet, wurde zum furchtbaren Mordwerkzeug. Das hochwirksame blausäurehaltige Gas, das sich leicht und für die Mörder gefahrlos aus einer Kieselgur-Bindung freisetzen ließ, ersetzte das schwer zu transportierende Kohlenmonoxyd (CO), das bei den „Euthanasie“-Aktionen zur Ermordung Behindertener angewendet worden war.

Seit Oktober 1941 rollten die Deportationszüge der Deutschen Reichsbahn, ihr Ziel waren zuerst die Ghettos von Lodz und Riga, dann Theresienstadt und andere Durchgangsstationen vor den Todeslagern im Osten, in denen das auf der Wannseekonferenz vorgestellte Programm zu einem beträchtlichen Teil verwirklicht wurde. Sechs Millionen Juden (nicht weniger, eher mehr) sind „im Zuge der Endlösung der Judenfrage“ ermordet worden, in fast öffentlichen Massakern während der Eroberung polnischen, sowjetischen, jugoslawischen Territoriums in den Jahren 1939 bis 1941, dann von Ende 1941 bis Ende 1944 in zunehmender Perfektion in den eigens errichteten Vernichtungslagern Chelmno (Kulmhof), Auschwitz-Birkenau, Belzec, Sobibor, Treblinka, Lublin-Majdanek.

Was war nun – wenn nichts beschlossen wurde, wenn das Ereignis nicht der Anfang vom Holocaust war – Am Großen

Wannsee 56–58 am 20. Januar 1942 geschehen? Herren in Uniform und Herren in Zivil hatten die beabsichtigte Ermordung von 11 Millionen Menschen zur Kenntnis genommen, über Möglichkeiten der Erweiterung des Personenkreises der Opfer debattiert. Als Bürokraten und Funktionäre hatten sie auf Einladung des Ranghöchsten unter ihnen pflichtgemäß agiert.

Als Verwaltungsakt haben die Herren die Angelegenheit „Völkermord“ behandelt. Vielbeschäftigt wie sie waren, vergaßen sie auch bald wieder, woran sie mitgewirkt hatten. Als 1947 eine der insgesamt 30 Ausfertigungen des Protokolls aufgetaucht war, wurden die damals auffindbaren Teilnehmer der Wannseekonferenz verhört. Dieses Geschäft oblag einem ehemals preußischen Beamten, der als Jude noch rechtzeitig hatte auswandern können. Jetzt war Robert Kempner Amerikaner und arbeitete für die Anklage des Nürnberger Militärgerichtshofs. Staatssekretär a.D. Neumann, der in der Wannseekonferenz die Behörde Vierjahresplan vertreten hatte, leugnete seine Teilnahme an der Veranstaltung. Wie sein Kollege Klopfer von der Parteikanzlei, der von der ganzen mörderischen Judenverfolgung nichts gewußt haben wollte (nur von „Aussiedlung“ sei die Rede gewesen), zog sich Neumann darauf zurück, dienstlich mit Judensachen überhaupt nichts zu tun gehabt zu haben. Kempner machte ihn darauf aufmerksam, daß er als einziger doch am 20. Januar 1942 etwas zugunsten der Juden vorgebracht habe: Die Deportation rüstungswichtiger Zwangsarbeiter sollte nach seinem Wunsch erst erfolgen, wenn Ersatz für sie gefunden sei.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de